

MEDIENKONFERENZ VOM 6. SEPTEMBER 2019

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Lohnerhöhungen um die Kaufkraft zu stärken

Die alljährliche SGB-Lohnmedienkonferenz ist zweifellos eine Art Tradition. In einer Welt, in der alles umgekrempelt wird, ist es gut, dass sich gewisse Dinge nicht ändern.

Das Umfeld in dem wir uns dieses Jahr zu den Löhnen äussern, unterliegt einem starken Wandel. Überall schiessen die Gerüchte von Krise und Rezession ins Kraut. Wie Daniel Lampart zeigen wird, sind diese Mutmassungen für unser Land stark übertrieben, bergen aber das Risiko von sich selbsterfüllenden Prophezeiungen. Dennoch ist die Angst, die uns aus den Finanz- und Wirtschaftsseiten der Zeitungen entgegenschlägt, zweifellos real. Sie ist Ausdruck eines grundsätzlichen Problems: Die Volkswirtschaften der grossen Industrieländer haben sich nach der Finanzkrise 2008 einzig dank der entgegenkommenden Politik der Zentralbanken erholt, dank günstiger Verschuldung. Doch dieses notwendige Instrument zur Wiederbelebung der Wirtschaft gelangt mit den Negativzinsen an seine Grenzen. Wenn eine neue Krise kommt, stellt sich die Frage, welcher Handlungsspielraum bleibt. Was können die Zentralbanken tun, falls die zahlreichen Spekulationsblasen, die mindestens so gross sind wie jene vor der Finanzkrise, platzen?

Eine der ins Auge gefassten Lösungen ist, der Bevölkerung direkt Geld zu verteilen. Die zunächst als widersinnig abgestempelte Idee wird in Varianten immer weiterentwickelt, auch von Kreisen, von denen man es nicht erwarten würde. Doch wir möchten hier lieber klassische Instrumente zur Ankurbelung der Wirtschaft in Erinnerung rufen, die in der Vergangenheit ihre Effizienz bereits bewiesen haben: Lohnerhöhungen und die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit.

In einem Land, das in den letzten zwei Jahren ein starkes Wirtschaftswachstum, hohe Gewinnmargen der Firmen, eine moderate Arbeitslosigkeit, deutliche Überschüsse der öffentlichen Hand und gleichzeitig Reallohnsenkungen kannte, gibt es Spielraum für Lohnerhöhungen. Vania Alleva und Daniel Münger werden die Lage und die Forderungen in den wichtigsten Branchen des privaten und des öffentlichen Sektors präsentieren. Ich selber möchte zwei Punkte hervorheben.

Zunächst möchte ich die Bedeutung unterstreichen, die Gesamtarbeitsverträge und sozialpartner-schaftliche Instrumente haben, um die Lohnpolitik – ein volkswirtschaftlich zentrales Instrument – zu steuern. Wenn alle anerkennen, dass das einzige Mittel für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung in der Weitergabe der Kaufkraft an die Bevölkerung liegt, braucht es im grossen Stil kollektive Verhandlungsinstrumente, um dies umzusetzen. Keine Firma – selbst die grösste – wird eine solche makroökonomische Verantwortung alleine schultern. Nur organisierte Branchen kön-

nen dies tun. Deshalb müssen die sozialpartnerschaftlichen Instrumente, die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Regulierung der Lohnpolitik verteidigt und weiterentwickelt werden. Wir werden in dieser Frage entschieden kämpfen, sowohl gegenüber der EU als auch gegenüber der SVP, welche mit ihrer gegen die Personenfreizügigkeit gerichtete Kündigungsinitiative im Grunde diese Instrumente der Lohnregulierung im Visier hat. Instrumente notabene, die wir aufgebaut und die ihren Nutzen bewiesen haben, selbst wenn sie bei weiten noch nicht genügend ausgestaltet sind.

Mein zweiter Punkt betrifft die Lage der Frauen im Arbeitsmarkt. Am 14. Juni 2019 hat die Schweiz ein Ereignis von historischer Bedeutung erlebt. Die Masse von Frauen und solidarischen Männern, die an diesem Tag auf die Strasse ging, war so gross, dass sie niemand verlässlich beziffern kann. Die weit verbreitete Schätzung hat sich bei mehr als einer halben Million Personen eingependelt. Doch die wirkliche Zahl dürfte noch weit grösser gewesen sein. Wie auch immer: es war die grösste soziale Bewegung in der Schweiz seit dem Generalstreik von 1918. Der Frauen*streik signalisiert eine Epochenwende und muss das Feld öffnen für konkrete und dauerhafte Massnahmen auf allen Ebenen – sei es im Alltag, sei es in Gesamtarbeitsverträgen, sei es auf Gesetzesebene. Die an dieser Massenmobilisierung beteiligten Organisationen haben dazu schon viele Baustellen eröffnet. Die Gewerkschaften werden von den Lohnverhandlungen profitieren, um für die Frauen spezifische Fortschritte zu erzielen.

Ich möchte einen sehr weiblichen Sektor hervorheben, wo es nun mit Unterstützung der öffentlichen Hand Bewegung braucht: die Pflege. Die Löhne des Pflegepersonals sind völlig ungenügend angesichts der harten Arbeit und des Umstandes, dass die Attraktivität dieser Berufe erhöht werden muss. Da gleichzeitig die Gesundheitskosten unter Kontrolle gehalten werden müssen, braucht es einen Ausgleich mit den Löhnen der Spezialärzte. Der Staat verfügt über die Mittel, um eine solche Entwicklung in Gang zu setzen. Er kann auf Bundesebene über die Tarifstrukturen für Ärzte eingreifen, so wie er es bereits 2018 erfolgreich tat. Der Staat kann auf kantonaler Ebene Lohnsysteme in der Hauspflege, in den Pflegeheimen und in den subventionierten Spitälern durchsetzen. Der steigende Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist in diesem Sektor ausgewiesen. Dies ist einer der zentralen Aspekte des Demografie-Schocks, der uns wegen der Alterung der Gesellschaft erwartet. Es gilt jetzt zu handeln.

Bevor es zu der von einfallsreichen, ehemaligen Zentralbankern imaginierten Verteilung der Geldmenge per Helikopter kommt, verlangt der SGB von den Branchen und Firmen, mit denen die Gewerkschaften verhandeln und auch von allen anderen, dass sie die steigenden volkswirtschaftlichen Risiken ernst nehmen, generelle Lohnerhöhungen von mindestens 2 Prozent gewähren und für die Frauen zusätzliche Anstrengungen unternehmen.